

Haupt will mehr Zeit für Pensionsreform

Sozialpartner loben Vizekanzler

Wien – Vizekanzler Herbert Haupt stellt den 4. Juni als Termin für den Beschluss der Pensionsreform infrage: „Gegenseitig vorgebrachte Dogmen, Terminsetzungen und Formalismen“ hätten am „Beginn eines Verhandlungsprozesses“ nichts verloren, ließ er am Freitag verlautbaren. Der FP-Chef setzt auf den „Sozialpartner-Gipfel“ am Montag und wurde dafür prompt von ÖGB-Chef Fritz Verzetnitsch und Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl gelobt. Bundeskanzler Schüssel und Finanzminister Grasser beharren auf dem parlamentarischen Fahrplan.

Eine Vereinheitlichung des Pensionsrechts hingegen soll laut Wirtschaftsminister Martin Bartenstein im Herbst als Entwurf vorliegen. Beamte, die jünger als 30 sind, werden eine Pension nach dem ASVG-Recht bekommen, so Bartenstein im STANDARD-Interview.

Laut dem Pensionsexperten Bernd Marin „schreien“ die Ungerechtigkeiten im heimischen Pensionssystem „zum Himmel“. (red) **Seiten 6 und 7**
Kommentare Seiten 35 und 36

Pensionssystem „schreiend ungerecht“

Sozialforscher Marin verlangt eine Art Pensionistensteuer und sieht „groteske Umverteilung“

Bernd Marin aufgrund von Vergleichen der EU-Länder.

■ Die erste Ungerechtigkeit sieht er zwischen Aktiven und Pensionisten: Aktive zahlen die gleichen Beiträge, erhalten aber dank Pensionsreform wesentlich weniger Pension. Marins Schluss: „Man wird nicht umhin kommen, die extreme Ungerechtigkeit zwischen den Generationen durch eine Art Pensionistensteuer zu beheben.“ Pensionen über der ASVG-Höchstpension sollen eine Art Solidarbeitrag zahlen. Würde der bei zehn Prozent liegen, bringe das rund 200 Millionen Euro pro Jahr – und damit ein Drittel der Summe, die die schwarz-blaue Regierung als Einsparbedarf angibt.

■ Ungerechtigkeit 2: Man bekommt für die gleichen Beiträge unterschiedlich viel Pension. Beispiel: Für 187.500 Eu-

ro Beiträge bekommt man zwischen 328.102 und 802.744 Euro Pension – je nachdem, wie steil die Einkommenskurve ist und ob man zu Beginn oder zu Ende des Berufslebens besser verdient. Diese Ungerechtigkeit wird durch die einheitliche Deckelung der Durchrechnungsverluste, die in der Pensionsreform vorgesehen ist, verschärft – für gerechter hielte Marin bessere Bewertung früherer Verdienstjahre. Sonst werde „der Beitragsgerechtigkeit eine schallende Ohrfeige versetzt“.

■ Eine weitere „groteske Umverteilung“ sieht Marin zwischen Beamten und ASVG-Versicherten: „Für ein Zehntel der Pensionisten, die Beamten, schießt der Staat genauso viel zu wie für die übrigen 90 Prozent.“ Daher sei es ungerecht, wenn die (vor kurzem

von ihm gelobte) Pensionsreform vor allem im ASVG-System spare. Versicherungsmathematiker gehen davon aus, dass höhere Beamte siebenmal so viel Pension bekommen als sie Beiträge zahlten.

■ 80 Prozent der Pensionssumme entfallen auf die 50 Prozent mit den höchsten Renten – für die untere Hälfte bleibt nur mehr ein Fünftel. „Schieflage“ nennt Marin das und auch das Faktum, dass die „reichen alten Leute“ zwei Drittel ihres Einkommens aus ihrer Pension lukrieren – im EU-Schnitt 55 Prozent. Auf der anderen Seite der Einkommensskala ist die Armutsgefährdung von Senioren im EU-Schnitt besonders hoch – vor allem von bestimmten Gruppen: Die Hälfte der Armutsgefährdeten sind allein stehende Frauen über 70.